



Der Gemeinderat Mamming bei seiner letzten Sitzung in 2022.

Foto: Ebneth

Vieles auf den Weg gebracht

Letzte Mamminger Gemeinderatssitzung für dieses Jahr

Mamming. (ez) Zur letzten Gemeinderatssitzung des Jahres begrüßte Bürgermeisterin Irmgard Eberl. Vieles wurde das gesamte Jahr über auf den Weg gebracht, auch an diesem Sitzungstag galt es Weichen zu stellen.

Eine Erweiterung des Industriegebietes Mammingerschwaigen II stand auf der Tagesordnung. Es bestehe Bedarf und als Gemeinde erachte man dies als sinnvoll, jedoch begrenzt bis zur natürlichen Grenze des Längenmühlbachs. Neben der Aufstellung des neuen Planes müsse in den Bereichen der Überschneidung eine Aufhebung erfolgen. Vorher waren diese Flächen als Ausgleichsflächen titulierte. Dieses Vorgehen ist aber in der gesamten Planung bereits berücksichtigt.

Entstehen solle ein Industriegebiet mit einer Fläche von rund 65 000 sowie einem Gewerbegebiet von rund 10 000 Quadratmetern. Vom Längenmühlbach wurde Abstand gehalten, Biotope werden erhalten. Auch eine interne Ausgleichsfläche entsteht, der Rest extern. Die Zufahrt für das Gewerbegebiet galt es neu zu regeln, es ist nur eine Zufahrt per Rechtsabbiegung möglich. Fahrzeuge, die von der anderen Richtung kommen, haben zunächst im Kreisverkehr zu wenden. Damit könne die Gefahrenstelle der Linksabbiegung vermieden werden. Für das Industrie-

gebiet ist die Erschließung bereits über den bestehenden Bereich gegeben.

Schallschutz-Gutachten

Ein neues Schallschutzgutachten werde man erstellen. Bezüglich der textlichen Festsetzungen habe man sich an die bestehenden Vereinbarungen gehalten. Im Bereich des Gewerbegebietes sind Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe zulässig. Unzulässig sind Anlagen für sportliche, kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke, Vergnügungstätten, Müllverbrennungsanlagen, Schlächtereien, Krematorien, Biogasanlagen, Freiflächenphotovoltaikanlagen oder Wohnungen für Aufsichts-, Bereitschaftspersonen, Betriebsinhaber oder -leiter.

Wegfallende Ausgleichsflächen sind durch den Antragsteller neu zu erbringen. Der Gemeinderat beschloss den Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan sowie den Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan „Industriegebiet Mammingerschwaigen II“ aufzustellen. Die Verwaltung wurde beauftragt, das erforderliche Bauleitplanverfahren durchzuführen. Ebenso wird das Planungsbüro Längst mit der Erarbeitung der vollständigen Planungsunterlagen beauftragt. Zu-

stimmung fand auch die Aufhebung des bisherigen Bebauungsplans in Teilen.

Bei einem Ortstermin mit den Verantwortlichen des Landratsamtes stellte sich heraus, es spreche nichts gegen das Bauvorhaben, das bereits im Rahmen einer Bauvoranfrage in einer vorherigen Sitzung positiv behandelt wurde. Es brauche jedoch eine Einbeziehungssatzung „Bachhausen Nord“. Der Antragsteller beauftragt hierzu ein Planungsbüro und trägt sämtliche Kosten des Verfahrens.

Der Caritasverband für den Landkreis Dingolfing-Landau e. V. beantragte für das Jahr 2022 einen Zuschuss in Höhe von 0,51 Euro pro Einwohner und Jahr. Das entspricht einem Zuschuss von insgesamt 1 706,46 Euro für die Gemeinde Mamming, was auch Zustimmung fand.

Vonseiten „Pro Familia“ war ebenfalls ein Antrag eingegangen. Deren nächste Beratungsstellen sind in Landshut und Passau. Die Bürgermeisterin schlug vor, diesen Antrag abzulehnen, da man entsprechendes Beratungsangebote bereits im Landkreis abdeckt.

Naturkindergarten-Bau geht voran

Die Arbeiten sind im Zeitplan, die Bodenplatte ist bereits vorbereitet. Das Häuschen soll in Kalender-

woche drei aufgestellt werden. Die Fenster haben etwas längere Lieferzeit, man werde entsprechend ablichten, damit der Innenausbau zeitgemäß voranschreiten könne. Beim Aushub stellte man fest, dass Material teilweise im Boden zum Vorschein kam. Dies hat man gelagert und wurde zwischenzeitlich beprobt. Nachdem es sich um „Z2-Material“ handelt, müsse es fachgerecht entsorgt werden. Ein Gutachter holt aktuell Angebote ein. Man sei in Verbindung mit dem Landratsamt und wird weiteren Fortgang mit den Fachstellen beraten.

Weiter informierte Eberl, dass in Sachen Kinderhaus die ersten Ausschreibungen erfolgt sind, nämlich Erdarbeiten, Baumeisterarbeiten, Aufzug, Zimmerarbeiten. Die Ausschreibung erfolgt aufgrund der Förderrichtlinien national und EU-weit und ist im Staatsanzeiger zu finden. Die erste Submission ist am 17. Januar, am 24. Januar wird daher die nächste Gemeinderatssitzung sein und damit können dort erste Arbeiten vergeben werden.

Aufgrund Anfragen von Seiten der Bevölkerung wurde nochmals herausgestellt, dass in diesem Jahr nur etwa die Hälfte der Weihnachtsbeleuchtung aufgebaut wurde, der Rest der Beleuchtung ist eingelagert und komme hoffentlich in den Folgejahren wieder vollumfänglich zum Einsatz.